

Ministeriums ernannt worden. Ministerialrat Wohlrab bleibt nach wie vor Sparkommissar in allen nichttechnischen Angelegenheiten.

(Der Schaden der sächsischen Regierungskrisis.) Der sächsische Staatshaushaltplan für 1922/23 ist seit geraumer Zeit völlig fertig gestellt. Er kann aber dem Landtag nicht vorgelegt werden, weil keine Regierung da ist, die das Recht hat, den Voranschlag zu genehmigen. Der Schaden, der durch die Regierungskrisis, die nun schon über sechs Wochen andauert, entsteht, geht in die Hunderte von Millionen, wenn nicht in die Milliarden. Die Verwaltungsbürokratie wird aufs stärkste gehemmt und erschwert. Der Voranschlag für das neue Jahr, das rechnungsmäßig bereits am 1. April beginnt, schließt mit einem Fehlbetrag von vielen Milliarden Mark ab.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Preise und Löhne.) In der Reichskanzlei fanden in den letzten Tagen Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Spitzengewerkschaften über die gegenwärtigen Preis- und Lohnlage unter dem Gesichtspunkte der wünschenswerten Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt. In diesen Besprechungen erklärte der Reichskanzler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Vermeidung neuer Preissteigerungen und zwar zur Herbeiführung der wirtschaftlich möglichen Preisermäßigungen geschähe könne. Die Gewerkschaften wiesen bei der Gelegenheit auf die ernsten Besorgnisse hin, die in den Kreisen der gesamten Arbeitnehmererschaft aus der Annahme entspringen, als ob die Reichsregierung jeglichen weiteren Lohnerhöhungen entgegenwirken wolle. Demgegenüber stellte der Reichskanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemein durchgängige Erhöhung der gesamten Löhne den Preisabbau unmöglich machen und damit, ohne der Arbeiterschaft auf die Dauer zu nutzen, das von allen erstrebte Ziel der Marktabstufung gefährdet würde. Die Arbeit der Reichsregierung bewegt sich in den Bahnen dieser von allen beteiligten Mitglieðern der Reichsregierung geteilten Auffassung.

(Stillstand der Tarifsteigerungen.) Am Schlusse einer Denkschrift Croenert über die Tarifpolitik heißt es: Zunächst will man einen Stillstand eintreten lassen, viellecht auf zwei, auch auf drei Monate. In dieser Zeit werden sich die Verhältnisse klären und man wird neue Erwägungen anstellen können. Eine sofortige Herabsetzung der Löhne ist unmöglich, wäre auch nicht im Interesse des Landes, denn der beabsichtigten Marktabstufung ist mit Eilgeschwindigkeit nicht gedient. Der Abbau wird kommen, aber nur allmählich. Industrie und Handel können jetzt mit Tarifstillstand rechnen, sie können also ihre Waren mit weiterem Sicht kalkulieren und die Preise ermäßigen.

Hannover, 11. März. (Protestkundgebung in Hannover.) Heute Abend hatten sich im Ruppelsaale der Stadthalle Tausende von deutschen Männern und Frauen zu einer Kundgebung gegen die Hauptpolitik der Franzosen versammelt. Generalfeldmarschall von Hindenburg war der Gegenstand besonderer Ovationen. Das materielle Ergebnis des prachtvollen Abends war eine Sammlung für die Kämpfer an der Ruhr in Höhe von über eine Million Mark, die sofort an die zuständige Stelle abgeführt worden ist.

Breslau, 11. März. (Eröffnung der Breslauer Frühjahrsmesse.) Die Breslauer Frühjahrsmesse ist am heutigen Sonntag, Vormittag um elf Uhr eröffnet worden. Die Zahl der besuchenden Fremden ist gegenüber den früheren Messen noch bedeutend gestiegen. Nicht alle Antragsteller konnten die beantragten Stände erhalten. Mit den Preisen ist man in den meisten Branchen bescheidener geworden, um der unverkennbaren Kaufkraft entgegenzukommen, die sich in Breslau reger zu zeigen scheint als in Leipzig und in Königsberg. Die außerordentlich zahlreichen Besucher verhielten sich am ersten Tage noch abwartend; es fanden sich aber auch schon zahlreiche Käufer ein, namentlich aus Ost- und Polnisch-Oberschlesien und der benachbarten Tschecho-Slowakei, sodaß bereits heute recht gute Abschlüsse erzielt werden konnten.

Stuttgart, 11. März. (Sergt in Stuttgart.) In der von der Württembergischen Bürgerpartei gestern im Festsaal des Stadthauses veranstalteten Kundgebung gegen die französische Gewaltpolitik sprach Reichstagsabgeordneter Sergt über die derzeitige politische Lage im Reich. Der Redner knüpfte an die Reichstagsverhandlungen vom letzten Dienstag und Mittwoch an und führte aus, Reichskanzler Dr. Cuno habe mit der Einberufung dieser außerordentlichen Tagung den richtigen politischen Instinkt bewiesen; denn im ganzen deutschen Volke habe das Bewußtsein geherrscht, daß angesichts der sich häufenden Gewalttaten unserer Feinde eine Tat der Propaganda und eine feste entschlossene Stellungnahme der Regierung das Schicksal der Stunde sei. Die Rede des Reichskanzlers habe einen erfreulichen Willen zu unbedingter Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber der französi-

chen Gewaltpolitik gezeigt. Die Deutschnationalen wollen im gegenwärtigen Augenblicke alle Bedenken und weiteren Wünsche zurückstellen und geschlossen hinter der Regierung stehen. Forderung und Ziel müsse jetzt sein: „Das vom Versailler Frieden, der von den Franzosen und Belgiern selbst in Stücke gerissen worden ist! Auf Hilfe von außen sei nicht zu rechnen, wenn auch der Zeitpunkt nicht mehr fern sei, wo die Politik Englands und Frankreichs sich anders einstellen müsse. Unsere Sache am Rheine und an der Ruhr reihe gut, wenn wir nur im Unglück nicht alle fest zusammenhalten. — Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Weber, schloß darauf die Versammlung mit der Erklärung, für die Deutschnationalen gebe es jetzt keine Parteien mehr, sondern nur noch ein deutsches Volk.

(Stresemann über die politische Lage.) Am Sonntag sprach Stresemann in Frankfurt. Er führte u. a. aus: Wenn wir uns fragen, was der Kampf, der im Ruhrgebiet geführt wird, bedeutet, so möchte ich ihn nennen den Endkampf um den Frieden. Wir wollen ihn revidieren wissen in dem Sinne, daß auch die Entente Rücksicht zu nehmen hat auf die Befähigung des deutschen Volkes. Kommt es in diesem Kampf zu einer uns aufgezwungenen oder durch unseren eigenen Mangel an Widerstandskraft herbeigeführten Kapitulation Deutschlands, dann ist nicht einmal der Frieden von Versailles die Grenze der Demütigung derer, die die Zertrümmerung Deutschlands erstreben. Man möge Deutschland endlich eine vernünftige Summe nennen, die aufzubringen sei. Dann könne es, über seine wirtschaftlichen Kräfte verfügend, Steuern in ganz anderem Umfange einbringen als bisher. Über die Stellung des Kabinetts Cuno erklärte Stresemann, das Kabinett stehe heute fester denn je da. Die letzte Reichstagsitzung habe gezeigt, daß der politische Abwehrwille bei allen Parteien noch der gleiche ist. Wenn Frankreich mit einer kurzen Gebensdauer des Kabinetts Cuno rechnet, so würde es gut tun, diese neue, falsche Hoffnung auf innerpolitische Konflikte in Deutschland möglichst bald aus seiner Bilanz zu streichen.

Italien.

(Italiens Appell an England.) Gelegentlich des Besuchs Poincarés in Brüssel führt „Idea Nazionale“, das Organ Mussolinis, aus, Frankreich wolle unter nichtigen Vorwänden wie das Verlangen nach unerfüllbaren Zahlungen das Rheinland und Westfalen endgültig von Deutschland trennen. Hiermit trete das Ruhrproblem offiziell in eine neue Phase ein. Da Frankreich und Belgien ihre Stellung ändern, seien England und Italien gezwungen, ihr bisheriges Verhalten aufzugeben, weil das Ruhrproblem keine französisch-belgische Sache, sondern ein europäisches Problem sei. Die Franzosen und die Belgier sollten nicht glauben, in Brüssel das Rhein- und Ruhrproblem lösen zu können, während die größten Verbündeten England und Italien abweisend seien. Das Blatt tadelt alsdann die Zauderpolitik Bonarrows. Ein Krieg gegen Frankreich sei nicht unbedingt notwendig. Aber selbst einen Krieg brauche England nicht zu fürchten. Schließlich fordert das Blatt die eigene Regierung auf, gewissen Stellen die Illusion zu nehmen, als ob Italien von der Regelung einer solchen Frage ausgeschlossen werden könne.

Rußland.

(Zur Lage der russischen Deberindubrie.) Aus Reval wird geschrieben: Wie die Moskauer Zeitungen melden, macht sich in der russischen Deberindustrie in letzter Zeit eine hebeuende Besserung bemerkbar. Während im Jahre 1921 nur 15 Proz. des Eigenbedarfes des Landes durch die Produktion gedeckt werden konnten, waren es im Jahre 1922 bereits 20 Proz. Bezeichnend ist es, daß die russische Deberindustrie in erster Linie für Militärwecke arbeitet. So wurden in den Jahren 1919—1921 über 15 Millionen Paar Militärstiefel angefertigt, jedoch noch nicht 6 Millionen Paar für die Zivilbevölkerung des Landes. Im Wirtschaftsjahr 1921—22 wurden 1281000 Paar Militärstiefel angefertigt, 24000 Stiefel und nur 897000 Paar Schuhzeug für die Zivilbevölkerung.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. März.

Die Frage einer Fortdauer der Vorkaufsbeschlüsse im Zusammenhang mit der Tarif- und Bewertungsbestimmungen für die Vermögensgegenstände im sogenannten Geldentwertungsgebiet, war am Montag zunächst noch nicht spruchreif. Andere Materien wurden vorweggenommen. So die — debattierlose — dritte Lesung der Vorlage über die Anlegung gesetzlicher Reserven in Dollarsparangelegenheiten. Alsdann die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Dringlichkeit, — aber auch die Schwierigkeit dieses Problems ist jedermann klar. Monatelang hat der Wohnungsausschuß des Reichstags daran gearbeitet, die Regierungsvorlage vielfach abgeändert, den Satz der Abgabe auf das fünfzehnfache des Nutzungswertes vom 1. Juli 1914 erhöht, die Mittel für einen besonderen Preisprüfer in der Baustoffindustrie angefordert, für die Länder alsbald nach Annahme der Vorlage die Gewährung von Vorkaufsrechten bis zu drei Vierteln des voraussichtlichen Ertrages vorgelesen, die Einbringung eines Kartellgesetzes gefordert, das die Errichtung eines Kartellrechtes, die Bildung eines Verbrauchervertrates und das Einspruchsrecht der Reichsregierung gegen Beschlässe der Kartelle auf Ersuchen jenes Vertrates enthalten soll, ferner die Herabsetzung der Eisenbahntarife für Baustofftransport auf 50 v. H. verlangt usw. In alledem, das Abg. Knieß (Dem.) zusammenfassend darlegte, spiegelt sich die Dringlichkeit der Lage des Bauwesens, die man auf erdenkliche Art bessern will.

Dem Gedanken einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft konnte der Ausschuß nicht beitreten, weil er eine außerordentliche Mietssteigerung argwöhnt. Hingegen hat er die Anlegung einer Befahrung der Unverbrachten mit einer Umlage zugunsten des Wohnungsbaues erwogen, und die Regierung ist hier nicht grundsätzlich abgeneigt. Unter den Abänderungsanträgen ist ein solcher des Abg. Leopold (Dml.) bemerkenswert, der die Einkünfte aus der Befahrung landwirtschaftlicher Gebäude in erster Linie zu Bauten für landwirtschaftliche Zwecke herangezogen wissen will. Ein Antrag der Sozialisten, der Demokraten und des Zentrums fordert, die neue Abgabe nur für das laufende Jahr festzusetzen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gab dann eingehende Erläuterungen zu diesem Gesetzesentwurf, den er ein wahres Sorgenkind der Regierung nannte. Man brauche die Ermächtigung, die Abgabe im Laufe des Jahres den Bedürfnissen anzupassen. Die Abgabe sei so bemessen, daß sie wenigstens ein ganz bescheidenes Bauprogramm ermögliche, das von der Wirtschaft gerade noch getragen werden könne. Hierbei ist aber nicht zu übersehen, daß die Gemeinden befreit sein sollen, denselben Zuschlag zu erheben, so daß tatsächlich insgesamt 3000 v. H. zu zahlen sein werden.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die wilden Gerüchte verkommen allmählich. Man sagt heute nicht mehr, daß der Dollar in kurzer Zeit bis unter 10000 Mark, noch daß er über 70000 steigen wird. Man scheint aber auf der mittleren Seite angelangt zu sein, die sich zwischen 19 und 25 bewegt, und schon machen sich Anzeichen dafür geltend, mit einer Art von Stabilisierung rechnen zu können, die auch nötig geworden ist, um die Grundfrage für eine wirkungsvolle Ausgabe der Reichsgoldbanknoten zu schaffen. Der Druck auf den Devisenmarkt hat das seitige dazu bereits getan, und es bleibt nur noch übrig, daß sich auch nicht die Preise dieser Stabilisierung anpassern. Es ist nicht mehr angängig, daß z. B. ein deutsches Automobil teurer ist als zwei gleichwertige in Amerika, noch daß eine deutsche Firma nach dem Auslande billiger verkauft als im Inlande, nur weil sie damit rechnet, daß sie eine neue Steigerung der Devisen später reichlich entschädigen werde. Die deutsche Exportprämie besteht noch, daran ist kein Zweifel möglich, doch läßt sich andererseits nicht bestritten, daß wir in einigen Artikeln den Weltmarktpreis überschritten und in vielen, in sehr vielen dessen Niveau erreicht haben. Eine Preisrevolution ist demnach unausbleiblich, und der Mißerfolg der Leipziger Messe, die Kaufunlust, die die aus- und inländischen Kreise in gleicher Weise beherrschte, hat gezeigt, wohn es führt, wenn man vor einer elementaren Entwicklung mutwillig die Augen schließt. Es ist war, die Unkosten steigen leider weiter, zum Teil auch die Löhne, und man sieht daraus, wo man ansetzen muß, um Abhilfe zu schaffen. Für Lohnsteigerungen ist heute kein Platz mehr. Geschichts dies, dann werden die Preise unweigerlich weiter in die Höhe gehen. Aber auch die Notenpresse müßte endlich, wenn nicht stillgelegt, so doch in ihrer Arbeit erheblich eingeschränkt werden. Die Volkswirtschaft hat ihre ewigen Gesetze, und wenn dieses Wort ewig theoretisch auch nicht stimmen mag, so gelten gewisse Aktionen und Reaktionen doch zu mindest für ein jeweiliges Wirtschaftssystem. Eines dieser Gesetze ist, daß bei fortwährender Inflation eine Stabilisierung ausgeschlossen ist. Man kann auch auf der einen Seite keinen Druck auf den Devisenmarkt ausüben, wenn man dem Publikum auf der andern durch Neuherstellung von Geldebeiträgen die Möglichkeit des Wiederankaufs fremder Zahlungsmittel gibt. Inzwischen ist es an der Börse recht still geworden, gerade die vergangene Woche hat große Ueberwindung des Altimos wieder leichter arbeiten zu können. Dagegen erfolgten neue schwere Kursstürze, die umso schwerer waren, als sie Papiere trafen, die bereits zu halbierten Kursen notiert wurden. Die Rede des Reichskanzlers hat zudem vielen Hoffnungen begraben, die immer noch an dem Gedanken einer neuen Devisenhäufung sich klammerten. Wenn jetzt auch, wie es gerade am Ausgang der verfloffenen Woche geschah, die Spekulation und gewisse Teile des Publikums sogar zu Rückkäufen schritten, so stellt dies doch kein Symptom dar, sondern nur eine vage Spekulation, ein Passivspiel weiter nichts. Das Hauptinteresse ist jedenfalls auf die Preisbewegung gerichtet, wo sich leider doch immer keine Entspannung zeigt. Besonders die Lebensmittel, erwähnt seien nur Kartoffeln und Gemüse, gehen weiter in die Höhe. Auch bei den Textilwaren sieht man noch keine wesentliche Herabsetzung im Kleinhandel. Nur am Ischmarkt erblickt man einige hoffnungsvolle Ansätze zur endlichen Herabsetzung von Phantasiapreisen, die weder in Deutschland noch jenseits der Reichsgrenzen bezahlt werden können.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Das Diktatprogramm der Franzosen. — Die „Ergänzungen“ des Versailler Vertrages. Paris, 10. März. Die Konferenz von Brüssel soll auf alle Fälle ein Diktatprogramm für Deutschland ausarbeiten. Es sollen folgende Ergänzungen (1) zum Versailler Vertrag angebracht werden: 1. Im Jahre 1925 läuft die Frist ab, zu der der Koblenzer Weizenkopf zu räumen ist. Dies will Frankreich nicht zugestehen, weil seine Sicherheit dadurch angeblich gefährdet sei, wenn es nicht am Rhein stehe. Hier soll das französische belgische Programm eine Aenderung schaffen. 2. Im Jahre 1927 gehen die vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands wegen der Kohlenlieferungen zu Ende. Hier wird besonders darauf gedrungen, daß Deutschland weitere Zwangslieferungen aufgelegt werden. 3. In 12 Jahren soll die Abstimmung über das Saargebiet stattfinden. Frankreich ist sich bereits heute darüber klar, daß diese zu seinen Gunsten erzwungen werden muß, und